

Dürens Grüne Zeitung

Ortsverband Düren

November 2007

„Fahrradfreundliche Stadt“ Düren? - Denkste!!



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Schild- bürger- streich

„Sanierung Kölnstraße“

Zurzeit wird die Kölnstraße im oberen Bereich komplett neu gestaltet. Notwendige Kanalsanierungsarbeiten machten die Straßenerneuerung notwendig.

„Sehr positiv“, so dachten wir Grüne, „so kann endlich ein längst überfälliger Fahrradweg in dieser breiten Straße angelegt werden“. Doch wie jetzt die Verwaltung bestätigte, wird es keinen Fahrradweg geben, da dies nur zu Lasten von einigen Parkplätzen möglich wäre. Das ist wieder ein Beispiel für die „Fahrradfreundlichkeit“ Dürens!



Im Jahr 1997 bewarb sich die Stadt Düren um Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte NRW“ – und scheiterte, weil Düren nicht fahrradfreundlich war! Mit dem Wechsel im Rathaus zu einer CDU-Mehrheit nach der Wahl 1999 sind der Ausbau des Fahrradnetzes und die Verbesse-

rung der Situation für RadfahrerInnen noch mehr in den Hintergrund getreten. Stattdessen wurden in den letzten Jahren die Innenstadtparkplätze deutlich erhöht. Durch das Parkhaus an der Schützenstraße und das StadtCenter entstanden ca. 700 neue Parkplätze.

Kaum richtige Radwege

Geht es jedoch um die Schaffung neuer Fahrradwege, ist die CDU-Mehrheitsfraktion sehr zögerlich. Richtige Radwege existieren in der Innenstadt ohnehin kaum,

aber selbst die vorhandenen Fahrradstreifen enden häufig abrupt. So sucht man nach dem Überqueren der Aachener Straße, aus der Rütger-von-Schevenstraße kommend, vergeblich die Fortsetzung des Fahrradstreifens in der August-Klotz-Straße.

Der Übergang von der Stürtzstraße in die Bonner Straße, wo sich der Fahrradstreifen plötzlich verliert, ist ein weiteres Beispiel für viele in Düren. Fahrradwege benötigen eben Platz im Straßenraum, der dann zu Lasten von Fahrbahnbreiten für Individualverkehr oder Parkstreifen angelegt wird. Solange die CDU an der ewiggestrigen Verkehrspolitik festhält, die vorrangig AutofahrerInnen im Blick hat, wird die Fahrradfreundlichkeit in der Stadt nicht besser.

Kontakt

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ortsverband Düren

GRÜNES Büro

Nideggener Straße 68

52349 Düren

Fon 0 24 21 / 18 92 77

Fax 0 24 21 / 50 43 89

Email ortsverband@gruene-dueren.de

Web www.gruene-dueren.de

Sprecherin im Ortsverband:

Carmen Heller-Macherey,

Fon 0 24 21 / 40 69 59

Sprecher:

Theo Dicks

Fon 0 24 21 / 8 31 51

Ratsmitglieder:

Carmen Heller-Macherey

Fon 0 24 21 / 40 69 59

Verena Schloemer

Fon 0 24 21 / 50 29 64

Bruno Voß

Fon 0 24 21 / 8 63 14

Klimaschutz in Düren

Während viele andere Städte in NRW Klimaschutzprogramme aufgelegt haben, verschläft unsere Stadt dieses Thema komplett. Daher haben wir Grüne mehrere Anträge zum Thema Klimaschutz gestellt bzw. vorbereitet. Wir fordern ein Solarkataster für die Stadt, damit gut geeignete Gebäude bekannt werden. Wir fordern außerdem bei zukünftigen Bebauungsplänen eine konsequente solargerechte Ausrich-

tung der Häuser, d.h. mit einer Dachfläche nach Süden hin.



Fahrradparkhaus kommt endlich!



Seit mehr als fünf Jahren unterstützen wir Grünen aktiv den Bau eines Fahrradparkhauses am Dürener Bahnhof. Immer wieder galt es, neue Steine aus dem Weg zu räumen. Die Bedenken der Verwaltung oder Politik haben wir mit langem Atem ausgeräumt. Nachdem ein erster möglicher Betreiber genervt absagte, bemühten wir uns tatkräftig,

einen neuen zu finden. Das Gezerre um Einwilligungen, Verträge und Finanzierung schien endlos.

Doch jetzt sind die Voraussetzungen für den Bau des Fahrradparkhauses endlich gegeben. Die Mittel des Landes stehen zur Verfügung und die Baupläne liegen vor. Deshalb fordern wir, schnellstmöglich zu beginnen!

Mobil? in der Schulstadt Düren?

Düren ist zweifelsohne eine Schulstadt, allein die Konzentration von fünf Gymnasien im Innenstadtbereich macht dies deutlich. So versäumt es Bürgermeister Paul Larue in seinen Reden auch nie, dieses stolz herauszustellen. Wenn es allerdings um die Verbesserung gerade der Mobilität von Schülerinnen und Schülern geht, ist die Handlungsbereitschaft sehr unterentwickelt. Viele Schulen sind gera-

de im morgendlichen Berufsverkehr auf dem Fahrrad nur mit einem hohen Sicherheitsrisiko zu erreichen. Dazu trägt auch der immer stärker werdende LKW-Verkehr bei. Solange die Wege nicht sicherer sind, werden viele Eltern ihre Kinder weiter mit dem Auto zur Schule bringen und somit zum wachsenden Verkehr beisteuern.

Ein flächendeckendes, gut ausgestattetes Fahrradnetz zu unseren

Schulen ist notwendig, damit Schülerinnen und Schüler auf das Fahrrad umsteigen. Dies ist allerdings mit einer deutlichen Erhöhung der Haushaltsmittel für Radwegemaßnahmen verbunden, die mit 25.000 € jährlich einen lächerlichen Beitrag gegenüber den Straßensanierungsmitteln darstellen! Solange allerdings die Sicherheit nicht verbessert wird, werden die Umsteiger kaum zunehmen.

Kein weiterer Flächenfraß!

Erschließung von Neubaugebieten ohne Maß

In den letzten Jahren sind in Düren zahlreiche neue Baugebiete ausgewiesen worden.

Der angeblich vorhandene erhebliche Bedarf an Bauland wurde immer wieder betont. Tatsächlich sind bis heute viele der Baugebiete nicht vollständig bebaut, einige sind aus dem Planungsstadium mangels Interesse gar nicht herausgekommen. So ist der Bebauungsplan für eine Fläche hinter der Dr.-Overhues-

Allee von der CDU als besonders attraktives Wohngebiet herausgestellt worden. Mangels Interesse an diesem Gebiet wurde der Bebauungsplan nun wieder eingestampft. Auch in anderen Baugebieten sind noch Grundstücke vorhanden!

Einer der ersten „triumphalen“ Bebauungspläne nach dem Machtwechsel 1999 war die Planung für die Fläche des ehemaligen Betriebshofes an der Rur-

strasse. Hier kann man heute deutlich sehen, was passiert, wenn ein Baudezernat keinerlei Vorgaben bei der Bebauung macht. Das „Filetgrundstück“ an der Rurstrasse ist ein Beispiel für Chaos bei Planung in Düren. Das schon vor mehr als acht Jahren ausgewiesene Baugebiet ist ohne jegliche Vorgabe in einem chaotischen Mix bebaut und weist auch heute noch unbebaute Grundstücke auf. Zu vermissen ist auch

jegliche Abwägung zwischen ökologischen und ökonomischen Aspekten der Bebauung.

Z.B. Derichsweiler und Rölsdorf

In Derichsweiler wurde jetzt ein weiteres Baugebiet beschlossen, obwohl aus dem Artenschutzgutachten deutlich hervorgeht, dass eine weitere Bebauung in diesem ländlichen Stadtteil höchst problematisch ist. Die Ratsmehrheit nimmt seltenen Tierarten den Lebensraum und damit ihr Verschwinden in Kauf.

In Rölsdorf wurde gar kurzerhand der bestehende Flächennutzungsplan geändert, weil die CDU-Mehrheitsfraktion unbe-

dingt am Ortsrand das Baugebiet „Alte Ziegelei“ schaffen wollte. Einmütig wurde vor Jahren im Rat beschlossen, diese Fläche nicht zu bebauen. Daher ist es umso merkwürdiger, dass die CDU nun plötzlich umschwenkt und gegen den erheblichen Widerstand der Rölsdorfer diese Fläche eines einzelnen Eigentümers zur Bebauung freigeben will. Rational ist das überhaupt nicht nachvollziehbar!

Bevor in unserer Stadt weitere wertvolle Flächen versiegelt werden, sollten die bestehenden Baugebiete fertig gestellt und vorhandene Baulücken geschlossen werden.

Nachhaltiger Umgang mit unserer Natur ist notwendig. Wir Grünen lehnen weitere Zersiedelung der Landschaft auf Kosten der Umwelt ab!

Dürens „einfallsreiche“ Stadtentwicklung

Grau, quadratisch, praktisch, gut! Geht man aufmerksam durch die Dürener Innenstadt, fällt dem wachsamem Bürger die Dürener Platte ins Auge. Gut auf unseren Wegen verlegt, zeichnet sich dieser quadratische Stein durch seinen zarten Grauton aus.



Um das Bild der schönen Gestaltung abzurunden, leuchtet über der Platte die Dürener Leuchte – ein kegelförmiger, eigens für unsere Stadt entwickelter Leuchtkörper. Diese Gestaltungselemente, die den Großteil unserer innovativen Stadtentwicklung beinhalten (z.B. in der Marienstraße oder Kämergasse), werden seit einigen Monaten noch durch bepflanzte knallrote Bauschuttsäcke im Innenstadtbereich unterstützt. Das Pflaster soll, wie schon in der Wirtelstrasse, demnächst wohl auch die Zehnthofstraße verschönern.

Das ist uns Grünen zur Gestaltung einer attraktiven Innenstadt zu wenig.

Nach wie vor zeichnet sich unsere Innenstadt durch ein Defizit an Grün, an Plätzen mit Aufenthalts-

qualität und attraktiven Sitzgelegenheiten aus. Stattdessen sind unsere großen Plätze tote Steinflächen, geziert durch armselige Kübelbäume wie auf dem Kaiserplatz, oder sie werden als Parkplätze genutzt wie in der Schützenstrasse.

Eine Hommage auf die Dürener Platte

Über den Mangel an Attraktivität können auch solch halbherzige Bemühungen wie eine Holzaufgabe als Sitzgelegenheit auf einer Betonmauer am Markt oder die vereinzelt Edelstahl-„Spielpunkte“ nicht hinwegtäuschen. **Wir Grüne fordern, unsere Innenstadt endlich einladender zu gestalten!**



GRÜNE heben ab!

Disco gegen Bürgerwillen

Soziale Stadtentwicklung in Nord-Düren?

Im Verwaltungsdeutsch spricht man von „Umnutzungsdruck“ im Zusammenhang mit dem Bereich des ehemaligen Industriegebietes westlich der Veldener Straße bis zum Mühlenteich und nördlich der Fritz-Erler-Straße.

Dieser Umnutzungsdruck entstand ganz plötzlich auf Grund eines privaten Anliegens, dort eine Vergnügungsstätte für die Altersgruppe der 25-Jährigen und älteren Mitbürger zu schaffen. Diese Entscheidung von CDU, FDP und BfD widerspricht drastisch den Anliegen vieler BewohnerInnen und VertreterInnen von Einrichtungen und Betrieben in

Nord-Düren, zu deren Kerngebiet auch dieser Bereich gehört.

Aktiv setzen sie sich für ein Leben in guter Nachbarschaft und eine soziale Stadtentwicklung ein. Sie haben sich Regeln gegeben, wie sie in Zukunft gemeinsam und rücksichtsvoll miteinander umgehen wollen. Sie nehmen die Gestaltung ihres Stadtteils in die Hand.

Bestehende Bebauungspläne in anderen Bereichen des Stadtteils wurden auf ihre Initiative dahingehend geändert, dass keine weiteren Vergnügungsstätten in Form von Spielhallen, Wettbüros oder Sexshops mehr entstehen können.

Der gesamte Stadtteil wurde in den Blick genommen. Deshalb gab es auch etwa 500 Einwendungen gegen die geplante Änderung des Bebauungsplanes mit dem Ziel, keine weiteren Vergnügungsstätten zu genehmigen und das Flächenareal insgesamt auch unter Beteiligung der Stadtteilvertretung zu entwickeln. Die Einwendungen wurden unter Federführung des Baudezernenten Wabbel mit lapidaren Begründungen abgelehnt, im Amtdeutsch „abgewogen“ und für nichtig erklärt.

Der gesamte Erneuerungsprozess in Nord-Düren soll auch durch das Bund-Länder-Programm „Soziale

Stadt NRW“ gefördert werden. Die jetzige Bebauungsplanentscheidung ist hierfür überhaupt nicht förderlich.

Wieder einmal setzt sich die CDU-Mehrheit in Verbindung mit der Verwaltung ziemlich lax über die berechtigten Einwendungen der Bürger hinweg, stört so wichtige Prozesse des bürgerlichen Engagements und schafft Entscheidungen, die eine einseitige Begünstigung privater Interessen verfolgen.

Wir Grüne beantragten im Rat, auch für diese Fläche Vergnügungsstätten für unzulässig zu erklären. Leider gab es hierfür keine Mehrheit!



Impressum

An dieser Zeitung haben mitgewirkt:
Theo Dicks, Ludger Dowe,
Carmen Heller-Macherey,
Ujjal Laungia, Werner Pelzer,
Verena Schloemer, Georg Schmitz, Bruno Voß

Herausgeber:
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Düren
GRÜNES Büro
Nideggener Straße 68
52349 Düren

V.i.S.d.P.:
Carmen Heller-Macherey,
Verena Schloemer

KiBiz ist Mumpitz

CDU-Landtagspolitiker Seel und Wirtz gegen die Dürener Interessen.

Es ist Donnerstag, der 30. August 2007. Kurz vor 17 Uhr strömen aus allen Richtungen hunderte von jungen Erwachsenen mit bunten Transparenten in Richtung Rathausvorplatz. In ihrer Begleitung zahlreiche mit blauen Müllsäcken bekleidete Kinder.

Verdutzt bleiben in der Josef-Schregel-Strasse und in der Wirtelstrasse viele Passanten stehen. Was führt diese gemischte Schar von Kindern, Eltern und ErzieherInnen an diesem schönen Spätsommertag in die Stadt? Den mitgeführten Plakaten lässt sich ihr Anliegen entnehmen: „KiBiz in die Tonne – KiBiz ist Müll“. Die Gründe für den machtvollen Protest sind vielfältig. So geht es den Eltern um das Wohl ihrer Kinder. Sie befürchten, dass diese ab dem 01.08.2008 trotz weiter ansteigender Elternbeiträge schlechter betreut und gefördert werden, dass Öffnungszeiten verkürzt werden und dass die Bezugsperson ihres Kindes nun ständig wechselt. – Hinzu kommen größere Gruppen, weniger Personal, schlechtere Ausstattung und weniger Mitspracherechte in den Elterngremien – denn so plant es die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf.

Stundenhotel?

Genannt wird das ganze „Kinderbildungsgesetz“ – KiBiz – aber von Bildung und individueller Einzelförderung kann nicht die Rede sein. Denn wenn das neue KiBiz, angeblich das „modernste Kindergartengesetz der Welt“, in Kraft tritt, müssen die Eltern ein



Stundenkontingent buchen. Je nach Geldbeutel der Sorgeberechtigten werden die Kinder nun 25, 35 oder 45 Stunden in der Woche gefördert.

Von Chancengleichheit kann keine Rede sein, denn fehlt es an dem nötigen Geld, so muss das Kind nach fünf Stunden die Einrichtung wieder verlassen. Da bleibt keine Zeit mehr für Sprachförderung, Turnen, musikalische Früherziehung und Verkehrserziehung sowie Ausflüge, Feste und Feiern.

Und was macht die Erzieherin, die nun statt 38,5 nur noch 25 Stunden beschäftigt wird? Für den Nachmittag sucht sie sich noch einen Nebenjob.

Erzieherverbände, Gewerkschaften, Elternvertretungen und die Träger der Kindergärten schlugen Alarm und lehnten den Gesetzentwurf kategorisch ab.

Das neue Kindergartengesetz ist schlecht finanziert und belastet noch stärker als bisher die kommunalen Haushalte.

KiBiz bedeutet: Kinderbildung in Bedrängnis infolge Zahlungsunwilligkeit von Erwachsenen!!

Der Rat der Stadt Düren und der Kreis Düren schlossen sich mit einer Resolution der Kritik an – leider vergeblich.

Ohne sich auch nur einmal mit den berechtigten Argumenten der Gegner dieses Gesetzentwurfes auseinanderzusetzen, stimmten

die beiden Landtagsabgeordneten der CDU im Kreis Düren, Seel und Wirtz, dem Gesetz zu. Sie nahmen mit niemandem Kontakt auf und bezogen keinerlei öffentliche Stellung. Eigenartig, diese Form von demokratischer Vertretung! Ihr Motto für die Kinderbildung lautet wohl: Wegducken, Abtauchen und später sich wieder mal mit den süßen Kleinen bei einem Kinderfest fotografieren lassen.

Schändliche Jugend!

„Das Schändliche an der Jugend ist, dass man nicht dazu gehört“, sprach ein offenbar bereits angejahrter, ein geehrter und zitierfähiger Mensch (Name ist der angejahrten Redaktion entfallen). Da dürfte der tiefere Grund dafür liegen, dass wir Angejahrten ein solch frisches munteres Engagement – ja: Leidenschaft! – aufzubringen vermögen, dem nun wirklich über alle Stränge schlagenden Treiben dieser Jugend die nötigen Grenzen zu setzen.

Damit wir unter uns sein können.

Ein Vorbild an Bürgersinn: Mit der Kamera in der Hand verfolgt das Unrecht einer, wo es in Lendersdorf frech sich zeigt. Dass da auch schon mal harmlose Passanten konterfeit und dem Jugendamt bekannt gemacht werden, muss man in Kauf nehmen, will man konsequent gefährlichen Dealern und kriminellen Junkies entgegenreten. Auf dem abgeräumten Spielplatz „In den Weidchen“ rotten sich die Jugendlichen zusam-

men, montags gar mit tätiger Beteiligung einer Sozialarbeiterin des Jugendamts. Hier gilt es zu verhindern, dass die sich einen Unterstand dort bauen können, um auch bei schlechtem Wetter lärmern, toben, Müll verstreuen und Drogen handeln zu können. Förderung des Landes haben sie sich schon erschlichen, der Bezirksausschuss hat, offenbar in besinnungslosem Jugendwahn, dem Ansinnen zugestimmt!

Muss es denn so weit kommen wie in Gürzenich? Hier muss sich der Bezirksausschuss mit den Beschwerden angejahrter Bürgerinnen und Bürger beschäftigen. Auf dem Sportplatz an der Schule wird in rücksichtslosester Weise der Ball getreten und donnert laut lärmend in den Ballfangzaun. Ganz zu schweigen von dem Geschrei, wenn mal ein Tor fällt. Als ob man sich nicht auch in gesitteter Weise freuen kann! Eine wirklich nachhaltige Lösung im Kampf gegen diese lärmenden Drogenhändler und fußballern-

Max Oppenheim hat's schwer!

Der Antrag der Grünen Ratsfraktion, den Goebenplatz am Krankenhaus in „Max-Oppenheim-Platz“ umzubenennen, scheiterte. Dann gab es den Antrag der SPD, als kleine Lösung an der Stelle einen Stein mit einer Textplatte aufzustellen, wo nach der Zerstörung der Dürener Synagoge die jüdischen Kinder von ihrem Lehrer Oppenheim noch eine Zeitlang unterrichtet wurden. Im Februar 2006 wurde dies im Kulturausschuss beschlossen, im August, eigentlich auch schon etwas spät, war der Text für die Tafel gefunden. Schon seit Anfang 2007 liegt ein Findling in der kleinen Grünanlage, er hat auch seit längerem vier Löcher für die Platte, aber auf die Tafel warten an der Stadtgeschichte interessierte Menschen nunmehr seit anderthalb Jahren! Armer Max Oppenheim!!



den Junkies, gegen Nacktheit, Vergewaltigung und Prostitution kann man nur im ganz Grundsätzlichen finden. Wie im Falle der Niederauer Grillhütte im Schatten der städtischen Guten Stube Burgau und bequem erreichbar durch Dürens teuersten Parkplatz; in der Nähe eine große Einrichtung der Altenpflege, deren Bewohnerinnen und Bewohner, wie man hört, keine Angst mehr haben wollen vor den bedrohlichen Jugendlichen, die sich dort treffen zu ungesetzlichem und missbräuchlichem Tun.

Ein alttestamentarisch archaischer Weg, den die CDU weist: Reißen wir doch die Grillhütte ab, ebnen den Platz ein, diesen hortus insinuens, Hort des Übels, Garten der Lüste, Zuflucht der Unbejahrten.

Das Schändliche, das wirklich Unverschämte an der Jugend ist, dass die so jung sind ...



Bündnis gegen Rechts zeigt Flagge!

Mit mehreren Informationsständen und zwei großen Veranstaltungen machte das „Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“ die Dürener Bevölkerung auf die aggressiv auftretende NPD und ihre „Kameradschaften“ aufmerksam. Unser Bild zeigt die Demonstration am 18. August 2007.

Landrat feiert, Sparkasse zahlt!



Der Landrat des Rhein-Kreis Neuss, Dieter Patt (CDU), ist Hobby-Künstler. Sein Kollege Wolfgang Spelthahn (CDU) aus dem Kreis Düren spielt gern den Kunst-Mäzen, und so waren sich die beiden wohl schnell einig. Patt werkelt eine Eisenplatte zurecht, die an einen Löwen erinnern soll und vor dem Kreishaus aufgestellt wurde. Weder der Kreistag noch der Kulturausschuss des Kreises wurden vorher informiert, geschweige um Zustimmung gebeten, ob die Patt'sche „Kunst“ an der repräsentativsten Stelle des Kreishauses errichtet werden soll.

„Einem geschenkten Gaul guckt man nicht ins Maul“, suggerierte man der Öffentlichkeit beim aufwendigen Einweihungsevent. Schließlich habe die „Kulturinitiative e. V.“ alles kostenneutral für den Kreis gesponsort. Schon das ließ aufhorchen, denn bisher

war die „Kulturinitiative e. V.“ im Wesentlichen als Briefkastenverein zur Verwertung von Spenden der Sparkasse Düren in Erscheinung getreten. Vorsitzende des Vereins ist die CDU-Kreistagsabgeordnete Käthe Rolfink, Geschäftsführer der Leiter des Landratsbüros Ralf Butz und Beisitzer Landrat Spelthahn höchst selbst. Und siehe da: 45.000 Euro haben Sparkasse Düren, deren Verwaltungsratsvorsitzender der Landrat ist, und zwei ihrer Stiftungen für die Metallplatte vor dem Kreishaus an „Kulturinitiative e. V.“ springen lassen – so jedenfalls berichten es die Medien.

Die Guten ins Kröpfchen ...

Während viele Vereine und Initiativen von der Sparkasse Düren bei Spendenanfragen mit Hundert-

Euro-Beträgen abgefertigt werden, kennt das Geldinstitut im Eigentum von Kreis und Stadt Düren bei Geldwünschen des Landrates keine Hemmungen. Dafür ist die Metallplatte vor dem Kreishaus nur ein Beispiel – Burgfestspiele, Sportlergala, Boris Becker, Fanclub Bayern München sind andere. Dafür müssen Tausende von Sparkassen-Kunden mir ihren Zinsen und Kontoführungsgebühren zahlen.

Die GRÜNEN sagen: „Humor ist, wenn man trotzdem lacht“ und fanden die Bezeichnung „Düren-Lion“ für die Blechplatte vor dem Kreishaus reichlich peinlich. Offensichtlich soll „Lion“ Weltläufigkeit vortäuschen, wo in Wahrheit Landrats-Provinzialität herrscht. Wir veranstalteten einen Namenswettbewerb und prämierten „Oxypussy“ für das rostende Stück Blech.

Natur pur in der Drover Heide



Es klingt paradox, aber der über 100 Jahre dauernde militärische Übungsbetrieb ist verantwortlich dafür, dass südlich von Düren auf über 700 Hektar Fläche eine einzigartige Heidelandschaft erhalten geblieben ist.

Die Drover Heide gehört mit der Senne bei Bielefeld und der Wahner Heide bei Köln zu den letzten großflächigen Heidelandschaften in NRW.

Nachdem die belgischen Streitkräfte die Drover Heide vor drei

Jahren als Truppenübungsplatz aufgegeben hatten, drohte das Aus für die Natur in der Heide. Dank des europäischen Schutzstatus (FFH) des Gebiets und des Einsatzes der Biologischen Station ist es gelungen, das Gebiet zu erhalten und für die Öffentlichkeit auf einem ausgeschilderten Wegenetz zugänglich zu machen.

Erleben Sie die Drover Heide, aber verlassen Sie bitte die gekennzeichneten Wege nicht, denn ansonsten könnten Sie auf gefährliche Kampfmittel aus der Militärzeit stoßen und Tiere beim Brutgeschäft stören. Weitere Infos unter www.biostation-dueren.de

CDU klebt an Pöstchen

Egal, was es kostet

Dank des guten Kommunalwahlergebnisses 2004 stand den GRÜNEN erstmals der Vorsitz des Bauausschusses im Kreistag zu. Mit undemokratischen Geschäftsordnungstricks und dank ihrer absoluten Mehrheit gelang es der CDU, trotzdem einen ihrer Leute auf die Position zu hieven. Die GRÜNEN klagten dagegen und bekam vor Gericht auf ganzer Linie

Im Jahr 2006 ging es in der Dürener Gesellschaft für Arbeit – einer 100%igen Tochter des Kreises, die Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose durchführen soll – drunter und drüber. Das Ergebnis ist ein Minus von 300.000 Euro, das die Kreiskasse übernehmen musste. Vom Chaos in der DGA will die Aufsichtsratsvorsitzende und stellvertretende

Zwei Beispiele für die Machtarroganz der CDU im Kreistag

Recht. Doch den Ausschussvorsitz bekommt sie immer noch nicht, die CDU beschloss mit ihrer Mehrheit, in Berufung vors Obergericht zu ziehen – geschätzte Kosten für die SteuerzahlerInnen etwa 20.000 Euro. Wenn es um die Sicherung ihrer Posten geht, kennt die CDU im Kreis Düren keine Skrupel.

Landrätin Helga Conzen (CDU) nichts mitbekommen haben. Wir fragen, ist die Dame mit dem Job überfordert? Statt Größe zu zeigen und persönliche Verantwortung zu übernehmen, klebt sie an ihrem Pöstchen.

Die Steuerzahler im Kreis bügeln ihr Versagen aus und die CDU findet das gut so.

Braunkohle aus dem Kreis Düren verursacht den Klimawandel



Rund um den Kreis Düren markieren die riesigen Dampfsäulen der Braunkohlekraftwerke Weisweiler, Niederaußem, Neurath und Frimmersdorf die Ursachen des Klimawandels. Diese vier Kraftwerke, die mehr als 60 % der Energie ungenutzt an die Umgebung abgeben, emittieren fast 90 Mio. Tonnen CO₂ - das ist mehr als der gesamte CO₂-Ausstoß Neuseelands. Betrieben werden sie mit Kohle, die auch im Kreis Düren gefördert wird.

Keine Form der Stromerzeugung ist so klimaschädlich wie die mit Braunkohle.

Braunkohle und Klimaschutz passen nicht zusammen. Es ist unverantwortlich, wenn RWE unter dem Beifall von Landes- und Bundesregierung neue Kraftwerke baut und gleichzeitig alte Dreckschleudern nicht stilllegt.

Wer den Klimaschutz ernst nimmt, darf keine neuen Braunkohlekraftwerke bauen und auch keine neuen Tagebaue aufschließen.

Die Zeit ist reif!
Demonstrieren Sie mit uns für einen Aufbruch in der Klimapolitik!



Wann: Samstag, 08. Dezember 2007, ab 14 Uhr
Wo: Braunkohlekraftwerk Neurath (bei Düsseldorf)
Infos: www.die-klima-allianz.de